

Rundschau

► Allgemeines

Rückläufige Arbeitszeit. Seit 1970 ist die jährliche Arbeitszeit je erwerbstätiger Person im Durchschnitt um gut ein Viertel gesunken. Grund dafür ist vor allem die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit, die Ausweitung des Urlaubsanspruchs und der Abbau von Überstunden. In den 1990er-Jahren ging die Verkürzung der Arbeitszeit fast ausschließlich auf die Ausweitung von Teilzeitarbeit, die Angleichung der neuen Bundesländer an das Westniveau und konjunkturelle Einflüsse zurück. 1970 hat im früheren Bundesgebiet ein Erwerbstätiger beziehungsweise eine Erwerbstätige 1956 Stunden im Jahr gearbeitet. 1991 waren es in Westdeutschland noch 1542 Stunden, 2002 in Gesamtdeutschland nur noch 1443 Stunden.

Quelle: Deutsche Angestelltenzeitung DHV 1.2005

Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Bayern. 56 % der Bevölkerung wünscht sich bessere Informationen über die Möglichkeiten freiwilligen Engagements, das hat der Freiwilligensurvey 2004 ergeben. Die Informationswege vor Ort zu verbessern und weiter auszubauen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Landesnetzwerks in Bayern. Zahlreiche Informationen rund um das Thema Ehrenamt und Freiwilligenarbeit in Bayern wurden im letzten Jahr auf den Internetseiten ([www.wir-für-uns.net](http://www.wir-fuer-uns.net)) gesammelt. Die Geschäftsstelle in Nürnberg arbeitet mit über 30 Freiwilligenagenturen beziehungsweise -zentren, rund 20 Selbsthilfekontaktstellen, über 90 Familien- und Mütterzentren sowie derzeit 15 Seniorenbüros in Bayern zusammen. Damit ist ein umfassendes Netz von über 150 Einrichtungen geschaffen, bei dem sich Bürgerinnen und Bürger über die Möglichkeiten eines eigenen Engagements informieren können. Außerdem lassen sich immer mehr Gemeinden vom Landesnetzwerk beraten, um bürgernahe Anlaufstellen für das Ehrenamt zu schaffen. Für 2005 sind verschiedene Projekte in Planung: Vor allem sollen Modellprojekte initiiert werden, die in Kindergärten und Schulen die jungen Menschen zu freiwilligem Engagement ermuntern. Anschrift: Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Gostenhofer Hauptstr. 61, 90443 Nürnberg, Tel.: 09 11/27 29 98 21, Fax: 09 11/929 66 90 E-Mail: lbe@iska-nuernberg.de

Transitions in Life – Hilfe bei Übergängen. Mit diesem Titel startete der Transatlantische Ideenwettbewerb USable im Januar 2005 eine neue Ausschreibung. Gesucht werden Ideen und funktionierende Praxismodelle aus den USA, die auch in Deutschland Menschen bei der Bewältigung von Übergängen helfen können. Für überzeugende Konzepte – und die Umsetzung innovativer Ideen in Deutschland – stellt die Körber-Stiftung Preise und Fördermittel von insgesamt 150 000 Euro bereit. Bei diesem Ideenwettbewerb gerät jenseits der Tagespolitik ein Amerika in den Blick, das viele lokale und regionale Initiativen hervorbringt, die Menschen in Übergangssituationen begleiten – als Pro-

gramme zur Unterstützung Hilfebedürftiger ebenso wie als Selbsthilfeprojekte. Ein traditionell stark ausgeprägtes Bürgerengagement, Serviceorientierung und Innovationsfreude in den USA prägen erfolgreiche Projekte für Übergänge wie zum Beispiel Selbsthilfegruppen bei Krankheit, Karriereplanung am Ende des Studiums, Welcome-Programme für neu Zugezogene oder Erziehungsberatung für junge Eltern. Informationen: USable, Kurt-A.-Körber-Chaussee 10, 21033 Hamburg, Tel.: 040/72 50-38 67, Fax: 040/72 50-39 22, E-Mail: usable@stiftung.koerber.de

Für ein gesundes Berufsleben. Seit 75 Jahren Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege. Von Wolfgang Krischke und Ralf Rumpel. Hrsg. Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege. Selbstverlag. Hamburg 2004, 270 S., EUR 29,90

DZI-D-7029

Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) gehört heute zu den größten Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung. Im Mai 2004 wurde sie 75 Jahre alt. Aus diesem Anlass wurde diese Chronik aufgelegt, die die wechselhafte Geschichte der BGW beschreibt und mit vielen Abbildungen versehen wurde.

Bestellanschrift: BGW, Postfach 76 02 24, 22052 Hamburg, Tel.: 040/202 07-0, Fax: 040/202 07-906

Fit fürs Schöffenant. Unter dem Motto „Fit fürs Schöffenant“ startet eine bundesweite Aktion zur Einführung und Fortbildung neu ins Amt berufener Schöffinnen und Schöffen. „Wir wollen auch nach außen sichtbar machen, welch große Bedeutung wir dem Laienrichtertum in unserem Rechtsstaat beimessen“, sagte Brigitte Zypries, Bundesjustizministerin und Mitglied im Kuratorium der Aktiven Bürgerschaft. Um die neuen Laienrichter und -richterinnen für ihre ehrenamtliche Arbeit an den Strafgerichten fit zu machen, führen die Landesjustizverwaltungen erste Einführungsveranstaltungen durch. Unterstützt werden sie vom Bundesverband der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter und dem Deutschen Volkshochschulverband. *Quelle: Aktive Bürgerschaft e. V., Newsletter 38-2005*

► Soziales

Arbeitslosenhilfe. Die Bundesagentur für Arbeit hat etlichen Arbeitslosen wegen einer fehlenden Härtfallregelung seit 2002 zu Unrecht Arbeitslosenhilfe verweigert. Wie das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel entschied, hätten bei der Prüfung der Bedürftigkeit von Arbeitslosen ohne Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherungen zur privaten Altersvorsorge nicht als Vermögen berücksichtigt werden dürfen (Az.: B 7 AL 30/04 R). Wie viele Menschen nun auf eine Nachzahlung pochen können, konnte das BSG nicht beziffern. In den neuen Regelungen seien Härtfälle wieder berücksichtigt. *Quelle: VdK Zeitung 2.2005*

Gemeinschaftliches Wohnen im Alter. Eine wachsende Zahl älterer Menschen wollen im Alter bewusst ihre Wohnsituation verändern und eine neue Lebensform ausprobieren. Gemeinschaftliches Wohnen scheint für sie eine passende Lösung für ein selbstbestimmtes Leben und Wohnen im Alter sein. Dahinter verbirgt sich ein Spektrum unterschiedlicher Wohnkonzepte. Neben den Wohn- und Hausgemeinschaften verfolgen auch Projekte des Mehr-Genera-

tionen-Wohnens beziehungsweise des integrierten Wohnens das Ziel gemeinschaftlichen Lebens. In Zusammenarbeit mit dem „Forum Gemeinschaftliches Wohnen e.V.“, „Neues Wohnen im Alter e.V.“, der „Wohnbund-Beratung NRW“ und dem Grundlagenreferat Wohnen des Kuratoriums Deutsche Altershilfe beleuchtet „Forum Seniorenarbeit“, welche Anforderungen sich für das gemeinschaftliche Wohnen ergeben und wie den Herausforderungen begegnet werden kann. Weitere Informationen: Kuratorium Deutsche Altershilfe, An der Pauluskirche 3, 50677 Köln, Tel.: 02 21/93 18 47-22, E-Mail: annette.scholl@kda.de

Pflegebedürftigkeit und Sozialhilfe nach den neuen Vorschriften. Textausgabe mit Erläuterungen. Von Utz Krahmer. Richard Boorberg Verlag. Stuttgart 2004, 64 S., EUR 13,- *DZI-D-7004*

Mit dem Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch ab 1. Januar 2005 wird das Sozialhilferecht reformiert und zugleich in das Sozialgesetzbuch als dessen Zwölftes Buch (SGB XII) eingegordnet. Diese Broschüre enthält die einschlägigen Vorschriftentexte des SGB XII mit Erläuterungen für die Praxis zur schnellen Orientierung für Sozialämter, Gemeinden, Städte und Landkreise, vor allem auch für Betroffene, ihre Angehörigen sowie Pflegeeinrichtungen und Sozialdienste.

Ermäßiger Beitrag. Das Bundessozialgericht hat im August 2004 entschieden, dass Altersteilzeitbeschäftigte in der vollständigen Freistellungsphase lediglich Krankenversicherungsbeiträge nach dem ermäßigten Beitragssatz zahlen müssen (Az.: B 12 KR 22/02 R). Der Deutsche Beamtenbund rät allen Betroffenen, bei ihrer Krankenkasse eine Rückerstattung überzahlter Beiträge zu beantragen. Der Erstattungsanspruch verjährt vier Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Beiträge entrichtet worden sind. Quelle: dbb magazin 1-2.2005

PRO-Sozial-Förderpreis-2005. Das „Praxishandbuch Sozial Management“ hat zum zweiten Mal den „PRO-Sozial-Förderpreis“ ausgeschrieben. Gesucht werden innovative Sozialprojekte mit Zukunftsperspektive. Es winken Fördergelder in Höhe von insgesamt 4 500 Euro, Einsendeschluss ist der 1. Juni 2005. Im vergangenen Jahr wurde dieser Förderpreis zum ersten Mal ausgelobt und vergeben an den katholischen Verein für soziale Dienste in Münster e.V. für sein Projekt zur Schuldenprävention für Schüler, Jugendliche, junge Erwachsene und deren Bezugspersonen, an die Adalbert-Raps-Schule Kulmbach für ihre Future Online Social School Projekt unter dem Motto „Soziale Integration durch technische Innovation“ in Verbindung mit den Werkstätten für behinderte Menschen sowie an den Caritasverband Stuttgart e.V. für sein Projekt „Soziale und sprachliche Integration von Migrantinnen und Migranten durch Begleitung und Unterstützung von MentorInnen“. Weitere Informationen: Praxishandbuch Sozial Management, Theodor-Heuss-Str. 2-4, 53177 Bonn, Tel.: 02 28/82 05-74 10, Fax: 02 28/35 93 58 E-Mail: avk@vnr.de

► Gesundheit

Karriere ohne Barriere. Für viele sehr schwer behinderte und hochqualifizierte Menschen ist eine ständige Hilfe am Arbeitsplatz die einzige Chance, eine Beruf ausüben zu

können. Das Rheinische Integrationsamt des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) finanziert derzeit für 108 Personen eine so genannte Arbeitsassistenz. Erst seit wenigen Jahren sind die Integrationsämter in Deutschland durch eine gesetzliche Neuregelung in der Lage, Arbeitsassistenz zu finanzieren. Dadurch sollen Menschen, die auf Grund ihrer Behinderung bestimmte Handreichungen am Arbeitsplatz nicht ausführen können, ansonsten aber in der Lage sind, ihre arbeitsvertraglichen Pflichten zu erfüllen, die Teilhabe am Arbeitsleben ermöglicht werden. Diese Hilfestellung übernimmt die Assistenzkraft auf Anweisung der behinderten Beschäftigten. Den Kernbereich ihrer Arbeit müssen die behinderten Personen in jedem Fall selbst bewältigen. Der Personenkreis der Antragstellenden besteht aus Menschen mit körperlichen Behinderungen oder Sinnesbehinderungen im Alter zwischen 26 und 63 Jahren, wobei der Altersschwerpunkt zwischen 30 und 45 Jahren liegt. Die finanziellen Mittel stammen aus der Ausgleichsabgabe. Quelle: Pressedienst des LVR vom 10. Januar 2005

Hospize in Sachsen. Im Februar 2005 wurde in Chemnitz ein weiteres Hospiz eingeweiht. Damit stehen in jedem Regierungsbezirk des Freistaates Sachsen stationäre Hospizbetten für Menschen mit Bedarf für besonders aufwändige Pflege und psychosoziale Betreuung in der letzten Lebensphase zur Verfügung. Mit der Inbetriebnahme des Hauses gibt es in diesem Bundesland vier Hospize mit insgesamt 56 Betten. Eine umfassende Begleitung sterbender Menschen und deren Angehörigen ist neben den professionellen Kräften nur mit dem Einsatz ehrenamtlicher Hospizhelferinnen und -helfer leistbar. In Sachsen sind derzeit über 400 ausgebildete Freiwillige im Einsatz. Quelle: Presse-dienst des Sächsischen Ministeriums für Soziales vom 4. Februar 2005

Vorsorge für Unfall, Krankheit und Alter durch Vollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung. Hrsg. Bayerisches Staatsministerium der Justiz. Verlag C.H. Beck. München 2005, 30 S., + Anhang, EUR 3,90 *DZI-D-7025* Jedem Menschen kann es passieren, dass durch Unfall, Krankheit oder Alter keine eigenen Entscheidungen mehr getroffen werden können. Daher sollte man durch einfache Vorsorge selbst festlegen, wer das im Ernstfall für einen tun kann. Diese Veröffentlichung informiert darüber, was für eine Vorsorge durch Vollmacht spricht und was geschehen kann, wenn keine erteilt wurde, warum eine Generalvollmacht allein nicht ausreicht und was eine Betreuungsverfügung ist, weshalb eine Patientenverfügung wichtig ist und vieles andere mehr. Dieser Wegweiser bietet bundesweit gültige Formulare zu den genannten Verfügungen, die von Fachleuten erarbeitet wurden. Die Rechtslage in Deutschland bis zum November 2004 wurde berücksichtigt.

Parkinsontherapie. Versicherten der Ersatzkassen, die an Parkinson erkrankt sind, steht jetzt eine ambulante, Video gestützte Therapie zur Verfügung. Sie gewährleistet eine exakt auf die individuellen Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten abgestimmte Behandlung. Das in Deutschland bisher einzigartige Projekt zur Sektoren übergreifenden Behandlung von Parkinsonpatienten und -patientinnen wird viele vollstationäre Krankenhausaufenthalte ersetzen. Durch den Einsatz der Videodokumentation im häuslichen Umfeld können die behandelnden Ärzte Änderungen der

Beweglichkeit über den Tagesablauf verfolgen und die Dosierung der Medikamente jederzeit anpassen. Eine einjährige Studie konnte die Erwartungen an eine verbesserte Diagnostik und Therapie mit diesem Versorgungsmodell belegen. Die Lebensqualität der erkrankten Menschen steigt, die Kosten der Behandlung hingegen sinken. Information: Universitätsklinikum Düsseldorf, Moorenstr. 5, 40225 Düsseldorf, Tel.: 02 11/81-041 73, Fax: 02 11/81-049 08

Versorgung von herzkranken Patientinnen und Patienten. Die Berliner Krankenkassen sowie die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz haben sich auf ein Konzept verständigt, mit dem künftig die Krankenhausversorgung für herzkranke Menschen in Berlin gesteuert werden soll. Das Konzept hat die Sicherstellung einer qualitätsgerechten und leitlinienorientierten Notfallversorgung und Krankenhausbehandlung aller Berliner Patientinnen und Patienten mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen zum Ziel. *Quelle: Das Krankenhaus 1.2005*

► Jugend und Familie

Familienkasse neuen Zuschnitts. Deutschland gibt vergleichsweise viel Geld für Familien und Kinder aus. Die Effekte der direkten monetären Transferleistungen sind im internationalen Vergleich eher gering. Denn Deutschland hat international die höchste Kinderlosigkeit, obwohl sich die meisten jungen Menschen Kinder wünschen. In der von Bundesfamilienministerin Renate Schmidt begründeten „Allianz für die Familie“ werden deshalb von der Bundesregierung, der Wirtschaft und den Gewerkschaften neue

Maßnahmen und Instrumente entwickelt, mit denen die Lebensbedingungen für Familien verbessert werden sollen. Die Ministerin lässt derzeit prüfen, wie staatliche Informationen und Leistungen für Familien übersichtlicher und im Ergebnis effektiver organisiert werden können. Positive Erfahrungen anderer europäischer Länder mit so genannten Familienkassen sollen dabei berücksichtigt werden. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom Januar 2005*

Die Rechte gleichgeschlechtlicher Partner sind mit dem Gesetz zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts weitgehend den Rechten von Ehegatten angeglichen worden. Im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung sind Lebenspartnerinnen und -partner dadurch jetzt in die Hinterbliebenenversorgung und den Versorgungsausgleich einbezogen. Zudem wurde die Möglichkeit eines Renten-splittings auch für eingetragene Lebenspartner geschaffen. Die Novelle trat zum 1.Januar 2005 in Kraft. *Quelle: VDR Info, Informationen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger 1.2005*

Reif für die Insel. Die Schulstation der Wedding-Grundschule. Hrsg. Tandem gBQGmbH. Videofilm, 25 Minuten. Berlin 2004. EUR 10,- *DZI-D-6969*

In diesem Video wird die vielfältige Arbeit der Schulstation der Wedding-Grundschule in Berlin vorgestellt. Intensive Betreuung von Schülerinnen und Schülern, die dem Unterricht nicht mehr folgen können, Gespräche mit Eltern, aber auch die Ausbildung von Streit Schlichtenden charakteri-

Anzeige EREV

sieren die Tätigkeit dieses Schulprojekts. Ziel des Videos ist es, interessierten Fachleuten und Entscheidungsträgern die Bedeutung von Schulsozialarbeit in der Praxis zu zeigen. Sie erleben so als Zuschauende tägliche Situationen aus der Grundschule, in der die Schulstation eine wichtige Vermittlungs- und Betreuungsarbeit leistet. Bestellanschrift: Tandem gBQGmbH, Bülowstr. 90, 10783 Berlin. Tel.: 030/44 33 60 31, Fax: 030/44 33 60 40
E-Mail: e.gurlich@tandembqg.de

Schulische Fördervereine in Berlin vernetzt. Die schulischen Fördervereine in Berlin haben einen Landesverband gegründet, der die Aktivitäten der vielen unterstützenden Vereine an Schulen zusammenführen soll. Der Landesverband Schulischer Fördervereine Berlin e.V. (lsfb) wurde zu Beginn des letzten Jahres von 20 Schulvereinen aus unterschiedlichen Berliner Bezirken gegründet. Inzwischen haben sich fast 100 Fördervereine dem Landesverband angeschlossen. In Berlin gibt es an jeder zweiten Schule einen Förderverein. Im Rahmen einer Tagung der Dachverbände der Schulfördervereine (am 29. und 30. April 2005 in Berlin) soll die Gründung eines Bundesverbandes diskutiert werden. Weitere Informationen unter www.lsfb.de

Quelle: BBE-Newsletter 2.2005

► Ausbildung und Beruf

Anerkennung ausländischer Diplome in der Schweiz. Seit dem In-Kraft-Treten des Personenfreizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sind das Schweizerische Bundesamt für Berufsbildung (bbt) und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren für die Anerkennung ausländischer Diplome in Sozialer Arbeit im Hinblick auf die Gleichwertigkeit mit einem entsprechenden schweizerischen Diplom zuständig. Das Verfahren zur Überprüfung wurde detailliert konzipiert und ein erster Pilotkurs für Ausgleichsmaßnahmen (Anpassungslehrgang, Zusatzausbildung, Eignungsprüfung) soll in diesem Jahr durchgeführt werden. Informationen unter www.bbt.admin.ch/dossiers/anerkenn/gleich/d/index.htm#beurteilung Quelle: SozialAktuell 3.2005

Quartiersmanagement. Im März startet die neue Weiterbildung „Quartiersmanagement“ der Fachhochschule Potsdam. Quartiersmanagement gilt als Schlüsselinstrument zur Bewältigung der komplexen Probleme benachteiligter Stadtteile. Die Weiterbildung hat deshalb zum Ziel, die persönlichen Handlungskompetenzen von (potenziellen) Quartiersmanagerinnen und -managern zu erweitern. In anwendungsbezogenen Modulen wird mittels Impulsreferaten, Gruppenarbeit, Selbsterfahrung und Planspielen für entwicklungs- und lösungsorientierte Tätigkeiten, für interdisziplinäre und interkulturelle Arbeitsprozesse qualifiziert. Kontakt und weitere Informationen: Zentrale Einrichtung Weiterbildung der Fachhochschule Potsdam, Tel.: 0331/580-24 32, Fax: 03 31/580-24 39
E-Mail: weiterbildungs@fh-potsdam.de

Ehrenamtskoordinatorin/-koordinator. Ab Mai 2005 bietet die Diakonie in Düsseldorf auf der Grundlage des Qualitätshandbuchs Ehrenamt eine berufsbegleitende Weiterbildung an. Information: Diakonie in Düsseldorf, Referat Ehrenamt, Langerstr. 20a, 40233 Düsseldorf, Tel.: 02 11/73 53-361, Fax: 02 11/73 53-291

Tagungskalender

21.-22.4.2005 Freiburg. Fachtagung: Forschung und Praxis ambulanter Hilfen zur Erziehung. Information: Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung e.V. an der Ev. Fachhochschule Freiburg, Bugginger Str. 38, 79114 Freiburg, Tel.: 07 61/478 12-24, Fax: 07 61/478 12-22
E-Mail: roennau@efh-freiburg.de

21.-22.4.2005 Berlin. Bundeskonferenz: Gemeinsame Gestaltung von Lern- und Lebenswelten. Zusammenspiel von Kinder- und Jugendhilfe & Schule im Sozialraum. Information: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/400 40-200, Fax: 030/400 40-232, E-Mail: agj@agj.de

25.-27.4.2005 Weingarten/Oberschwaben. Seminar: Was ist soziale Kompetenz? Vom Fremdwort zum Arbeitselement. Information: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten, Tel.: 07 51/56 86-0, Fax: 07 51/56 86-222
E-Mail: weingarten@akademie-rs.de

29.-30.4.2005 Köln. Seminar: „Wie geht's dem Kind?“ Einschätzung kindlicher Entwicklung. Information: Kölner Verein für systemische Beratung e.V., Dr.-Simons-Str. 3, 50679 Köln, Tel./Fax: 02 21/88 48 66
E-Mail: kontakt@koelner-vereine.de

10.-12.5.2005 Oberhausen. EREV-Bundesfachtagung: Erziehungshilfen und ihre Schnittstellenpartner – gemeinsam in die Zukunft. Information: Evangelischer Erziehungsverband e.V., Flüggestr. 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81

6.6.-8.6.2005 Gelsenkirchen. Veranstaltung: Gewalt im Griff – Methoden der konfrontativen Pädagogik. Information: DBSH Institut zur Förderung der sozialen Arbeit e.V., Niederstr. 12-16, 45141 Essen, Tel./Fax: 320 03-45
E-Mail: info@DBSH-Institut.de

13.-15.6.2005 Heidelberg. Kongress: Integrierte Versorgung: Chancen und Risiken für die Suchtrehabilitation. Information: Fachverband Sucht e.V., Walramstr. 3, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/26 15 55, Fax: 02 28/21 58 85
E-Mail: u.reingen@sucht.de

13.-16.6.2005 Holland. Fortbildungsreise: Freiwilligenmanagement in Holland. Information: Paritätische Akademie, Tucholskystr. 11, 10117 Berlin, Tel.: 030/28 04 95-110, Fax: 030/28 04 95-29, E-Mail: haering@akademie.org

18.-19.6.2005 Berlin. Einführungsseminar: Mediation. Information: Institut TRIAGEL e.V., Horstweg 35, 14059 Berlin, Tel.: 030/32 60 93-28, Fax: 030/32 60 93-29
E-Mail: info@Institut-Triangel.de